

## **Binationaler Mond**

**von Alexander Jakobson<sup>1</sup>**

Ein Staat zwischen dem Meer und dem Jordan wird zu einer Tatsache. Das muss akzeptiert werden, und deshalb muss man für die Gleichheit aller Bürger, die in ihm leben, eintreten. Da gibt es kein Entrinnen vor einem binationalen Staat. Solche Stimmen hört man immer häufiger.

Und die Anhänger einer Lösung in zwei Staaten müssen sich mit der Annahme auseinandersetzen, dass diese Lösung von der Tagesordnung verschwunden ist und wegen der Siedlungen keine Zukunft haben wird. Und jene, die über einen binationalen Staat sprechen, müssen sich mit einer anderen Frage befassen: Welchen Grund gibt es zu glauben, dass ein Staat zwischen dem Meer und dem Jordan, wenn er entsteht, tatsächlich binational und nicht schlicht arabisch und moslemisch sein wird?

Das Reden, wonach die Teilung des Landes in zwei Staaten nicht mehr möglich sei und deshalb ein binationaler Staat entstehen „muss“, gleicht dem Reden, dass, wenn wir im Nahen Osten nicht zurechtkommen, ein alternativer Staat auf dem Mond entstehen „muss“. Möglicherweise gelingt es nicht, ihn hier zu schaffen, aber der Mond ist uns nichts schuldig. Von einem Groß-Palästina, das im Herzen der arabischen Welt entsteht, ist zu erwarten, dass er ein arabischer Staat ist.

<sup>1</sup> Erschienen am 05. August 2012 in der Tageszeitung „Haaretz (Das Land)“. Aus dem Hebräischen übertragen von Judith & Reiner Bernstein, München. Zur Diskussion über den Widerspruch zwischen Souveränität und Selbstbestimmung: Rafael Castro: The Ottoman path to peace, in [www.ynetnews.com](http://www.ynetnews.com) 08.06.2012. „ynet“ ist das Internet-Portal der auflagenstärksten israelischen Tageszeitung „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ der Homepage [www.reiner-bernstein.de](http://www.reiner-bernstein.de).

Damit ein binationaler Staat entsteht, reicht es nicht aus, dass die Juden auf einen jüdischen Staat verzichten, auch das arabisch-palästinensische Volk muss zustimmen, dass in keinem Teil des historischen Palästina ein arabisch-palästinensischer Staat entsteht. Die Palästinenser müssen zustimmen, das einzige arabische Volk in der arabischen Welt zu sein, das seinen Staat nicht als einen arabischen Staat definiert und nicht als Teil der arabischen Welt betrachtet. Und diesen Verzicht, dem kein arabisches Volk zugunsten seiner nicht-arabischen Minderheiten je zugestimmt hat, sollen die Palästinenser zugunsten des zionistischen „Fremdkörpers“ leisten. Auch wenn jemand diesen Verzicht unterschreibt, wird dieser als illegitim betrachtet werden und nicht von Dauer sein. Azmi Bishara<sup>2</sup> hat kürzlich gesagt, dass „der eine Staat“ in Groß-Palästina kein abgetrennter Teil der arabischen Welt sein darf. Es ist klar, dass er Recht hat – von welchem anderem Teil der Welt könnte er denn sein?

Ist die Teilung in zwei Staaten noch möglich? Die Ansicht zur „irreversiblen“ Besetzung insgesamt beruht auf der Vorstellung, dass es nur zwei Möglichkeiten gibt: Tausende Siedler zu evakuieren oder weiter jeden Ort zu beherrschen, in dem sie wohnen. Doch wer sagt, dass dies die einzigen Möglichkeiten sind? Warum nicht die Option einer jüdischen Minderheit in einem palästinensischen Staat akzeptieren? Wenn man über eine Friedenordnung spricht, muss man keinen Menschen aus seinem Haus evakuieren – man muss nur eine Grenze zwischen zwei souveränen Staaten ziehen. Wenn man nicht daran glaubt, dass die Beziehungen zwischen den zwei Völkern zu Friedensbedingungen eine solche Ordnung zulassen, wie ist es dann möglich, ernsthaft an einen binationalen Staat zu glauben?

<sup>2</sup> Azmi Bishara war Knesset-Abgeordneter für die arabische „Nationaldemokratische Liste“. Nach dem israelischen Libanon-Krieg 2006 wurde er beschuldigt, vertrauliche Informationen an die „Hisbollah“ geliefert zu haben. Er entzog sich dem Verfahren, indem er Israel verließ und am 22.04.2007 seinen Verzicht auf das Abgeordnetenmandat von Kairo ausmittelte.

Abu Mazen [Machmud Abbas] ist vor kurzem in einem Interview des zweiten [israelischen Fernseh-]Programms nach dieser Möglichkeit gefragt worden und hat sie nicht prinzipiell ausgeschlossen. Das ist die wichtigste Antwort, die man unter den gegebenen Umständen erwarten kann. Vom palästinensischen Standpunkt aus ist die Souveränität über das Territorium wichtig. Sie haben kein demographisches Problem in ihrem Staat – eine große arabische Mehrheit ist ihnen sicher. Jede israelische Investition in einem Gebiet, das schließlich an die Palästinenser geht, verhindert nicht den entstehenden palästinensischen Staat, sondern trägt nur zu seiner Wirtschaft bei.

In der sensiblen Angelegenheit des Bodens liegt das Hauptproblem in der Weite der städtischen Grenzen der jüdischen Siedlungen, die von Israel festgelegt worden sind und einen bedeutenden Teil der Westbank ausmachen. Doch diese Angelegenheit wird sich der Natur der Sache nach für die Souveränität des palästinensischen Staates regeln lassen.

Die Siedler müssen wissen, dass die Tatsache, dass sie in einem bestimmten Gebiet wohnen, ihnen nicht die Möglichkeit verschafft, ewig über den Status dieses Gebietes zu entscheiden. Kein Mensch hat ihnen das versprochen – auch der Bericht der Kommission Edmond Levys legt das Gegenteil fest<sup>3</sup>. Im Prinzip ist das die demokratischste Lösung – zwei Staaten für zwei Völker, mit zwei nationalen Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze. Klar ist, dass dies tatsächlich durchaus schwere Probleme mit sich bringt. Aber welcher anderer Lösungsvorschlag ist nicht noch viel schwerer?

<sup>3</sup> Edmond Levy: The Commission to Examine the Status of Building in Judea and Samaria. Jerusalem, 07.07.2012. Die autorisierte Kurzfassung in englischer Sprache findet sich in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ der Homepage [www.reiner-bernstein.de](http://www.reiner-bernstein.de).

Auch die Anhänger der Lösung zweier Staaten und jener, die für die Idee des binationalen Staates eintreten, glauben, dass die jetzige Situation unhaltbar ist, und schlagen eine weitreichende Änderung vor; beide verstehen, dass die Änderung nicht kurz bevorsteht. Eine Lösung für zwei Staaten wird nur dann möglich werden, wenn die politischen Bedingungen sich ändern; die Lösung für einen Staat setzt eine viel größere politische Veränderung voraus, im Lande und in der Welt – wenn sie sich durchsetzt, wird der gegenwärtige Zustand gegenüber dem bestehenden nicht besser, sondern schlechter sein.

-----